

Herr Zastrow erläutert, dass man beauftragt wurde, Flüchtlingswohnungen zu bauen, die im Sozialen Wohnungsbau nachgenutzt werden sollen. Die Investorinnen und Investoren müssen von vornherein die beabsichtigte Nachnutzung (Familien, Ältere Menschen, Wohngemeinschaften für Studierende) festlegen, um die für die Nachnutzung notwendigen Umbaukosten möglichst gering zu halten. In allen Häusern werden beim Bau Voraussetzungen geschaffen, um Fahrstühle zu einem späteren Zeitpunkt einbauen zu können. Ebenso werden Installationen vorbereitet, die den problemlosen nachträglichen Einbau von Küchen ermöglichen.

Daran schließen sich Ausführungen von Herrn Urban zum Thema „Barrierefreiheit“ an:

Das Erdgeschoss wird barrierefrei erreichbar hergestellt. Vor und hinter der Haustür gibt es die erforderliche 1,50 m x 1,50 m Bewegungsfläche. Alle Wohnungen in allen Geschossen werden die Mindestanforderungen der DIN-Vorschrift 18040-2 erfüllen, allerdings wird die barrierefreie vertikale Erschließung (Aufzug) ggf. erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Somit entspricht das Gebäude auch ohne Aufzug den Vorgaben der Landesbauordnung hinsichtlich der Anforderung, ein Geschoss mit barrierefreien Wohnungen vorzusehen. Auf eine Zwischenfrage erklärt Herr Stöcken, dass die Stadt Kiel die Vorgabe machen wird, ca. 20 % der Wohnungen von vornherein zusätzlich besser rollstuhlnutzbar vorzusehen, was auf Rückfrage aber keine rollstuhlgerechte Ausstattung gemäß DIN 18040-2 [R] beinhalten wird, sondern nur breitere Türen ($\geq 0,90\text{m}$ Durchgangsbreite) und etwas mehr Bewegungsraum in den Bädern, ggf. niedrigere Griffe an den Fenstern.

Herr Urban gibt auf weitere Zwischenfragen hin an, dass selbstverständlich auch die Belange Sehgeschädigter und Blinder berücksichtigt werden, dass jedoch die Beschaffenheit der Spielplätze an den Häusern noch nicht thematisiert worden ist.

Herr Stöcken beantwortet die Frage nach der beabsichtigten Änderung der Landesbauordnung und der damit verbundenen Absenkung der Baustandards bezüglich der Anforderungen an Barrierefreiheit dahingehend, dass dies nicht auf die geplanten Kieler Wohnungen angewandt werden wird. Die im Auftrag der Stadt Kiel zu erstellenden Gebäude werden auf jeden Fall die obengenannten Anforderungen erfüllen. Weiterhin teilt er auf Befragen mit, dass am Anfang für die Anmietung der Wohnungen ein Wohnberechtigungsschein Voraussetzung sein wird, einige Wohnungen zu einem späteren Zeitpunkt eventuell aber zur freien Vermietung zur Verfügung stehen werden.

TOP 5:

Neubau UKSH, Gast: Herr Eversberg (Planungskoordination)

Herr Eversberg entschuldigt sich nach seiner Begrüßung zunächst einmal dafür, dass er diverse mit der Arbeitsgruppe vereinbarte Termine letztlich doch nicht wahrnehmen können und führt danach unter anderem Folgendes aus:

Alle Planungen des Neubaus laufen über ihn. Im Dezember 2020 soll die gesamte Maßnahme (Neubau und Altbausanierung) abgeschlossen sein. Die Finanzierung setzt sich aus 50 % Mittel der BAM PPP UKSH GmbH und 50% Mittel der VAMED IDF UKSH PPP GmbH zusammen, das Land Schleswig-Holstein übernimmt die Bürgschaft.

Es gibt 6 Übergabeeinheiten und Bauzeiträume. Über das ganze Gelände wird ein Blindenleitsystem eingerichtet, dieses wird auch den neu einzurichtenden Patientengarten und die damit verbundene Zuwegung zum Botanischen Garten einschließen. Das Leitsystem wird vom Außenbereich auch in die Gebäude geführt und dort zumindest bis zu den Leitstellen der Ambulanzen fortgesetzt. Ein geeignetes, den Hygieneanforderungen entsprechendes System ist noch nicht gefunden. In die Stationen selbst wird kein Leitsystem führen, sondern nur bis zu den jeweiligen Schwesternstützpunkten. Die Infotresen werden unterfahrbar sein.

In allen Bereichen wird die DIN 18040, in den öffentlichen Bereichen die DIN 18040-1 zugrundegelegt. Die Patientenbäder und die Behinderten-WC sind barrierefrei nach DIN 18040-2 RB. Auf jeder Station wird es ein Patientenzimmer für Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, geben, diese Zimmer werden der DIN 18040-2 RB entsprechen. Rooming-in Zimmer sind laut Herrn Eversberg vom Universitätsklinikum grundsätzlich nicht erwünscht, werden sich aber durch ein Zustellbett für die Assistentkraft herrichten lassen. Weiterhin wird es auf jeder Station ein Zimmer für adipöse Patientinnen und Patienten geben. In den Rollstuhlzimmern werden in den Bädern die Spiegel entsprechend tief angebracht, die Armaturen werden einhändig beziehungsweise mit dem Arm bedienbar und mit einem langen Hebel ausgestattet sein.

Die Untersuchungs- und Röntgenräume sind für Rollstuhlfahrende geeignet, die Geräteräume der Ambulanzen werden entsprechend groß sein. Es wird in ausreichender Zahl Lifter, auch ambulante, geben.

Auf dem Gelände ist kein Individualverkehr vorgesehen, das heißt auch keine Behindertenparkplätze. Lediglich Taxen werden das Gelände befahren dürfen. Dies wird von den Mitgliedern des Beirates trotz des Hinweises auf den „Hol-und Bringdienst“ für Patientinnen und Patienten kritisch gesehen. Herr Eversberg wird diese Kritik weitergeben und über Herrn Piehl beziehungsweise selbst über das Ergebnis berichten.

Die Ausführungen wurden von den Beiratsmitgliedern zur Kenntnis genommen, eine weitere kritische Begleitung zumindest durch die AG Barrierefreiheit und Mobilität erscheint notwendig.

TOP 6: **Auflösung der Besuchskommission im ZIP**

Herr Bartels und Frau Witte berichten kurz über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnen und Gesundheit. Die Beschlussübersicht wird als Anlage der Niederschrift beigefügt werden.

TOP 7: **Bericht des Vorsitzenden**

Herr Völker teilt mit, dass Herr Marweg aus persönlichen Gründen zurückgetreten ist und Herr Krey bis auf Weiteres aus gesundheitlichen Gründen an den Sitzungen nicht teilnehmen wird. Weiterhin weist er auf den „Krach Mach Tag hin, zu dem sich AG Öffentlichkeits- und Medienarbeit über mögliche Aktionen des Beirates Gedanken machen sollte. Anregungen für die Teilfortschreibung des 4. RNVP der Landeshauptstadt Kiel 2016 sind bis zum 20.02.2016 an Herrn Bornhöft zu melden, der diese an den Vorstand weiterleitet. Der Vorstand wird dann die Stellungnahme fertigen und abgeben. Die Einladung für den Klausurtag wird in den nächsten Tagen erfolgen, 21 Teilnehmende sind angemeldet. Es erfolgen außerdem Hinweise auf die exklusive Rabattaktion „2 für 1“ für bestimmte Aufführungen von „Holiday on Ice“ sowie den Interkulturellen Kalender, der an die Anwesenden verteilt wird.

TOP 8: **Berichte aus den Arbeitsgruppen**

1. AG Arbeit und Beschäftigung
Herr Goebel berichtet über die Sitzung der AG, an der als Gäste der Leiter des Personal- und Organisationsamtes Herr Reinert sowie die Vertrauensperson der Schwerbehinderten Herr Holst teilgenommen haben, außer Herrn Goebel aber keine weiteren Mitglieder der AG anwesend waren. Unter anderem erfolgt der Hinweis, dass die Landeshauptstadt Kiel die Beschäftigungspflicht mehr als erfüllt wird, Neueinstellungen schwerbehinderter Menschen aber nicht gesondert erfasst werden.
2. AG Barrierefreiheit und Mobilität
Hauptthema der Sitzung am 16.01.2016 war die Versandung des Anlegers Falkensteiner Strand. Als einziger Gast ist Frau Bonow erschienen. Es hat aber ein ämterübergreifendes Treffen, an dem auch Herr Piehl beteiligt war, stattgefunden mit dem Ergebnis, dass sich alle Beteiligten noch einmal Gedanken über Verbesserungsmöglichkeiten machen werden.

Die Anmerkungen von Frau Wagner bezüglich der Verlegung der Bushaltestellen im Rahmen der Baumaßnahmen „Schlossquartier“ werden durch den Vorstand zu einem Antrag zusammengefasst, über den auf der nächsten Sitzung abgestimmt wird.

Nach kurzer Diskussion über ebenfalls im Zusammenhang mit der Baumaßnahme Schlossquartier stehende Kritikpunkte an der Planung wird folgender Antrag gestellt:

Der Investor Herr Bunzen sieht vor, dass die überarbeitete Schlossstraße und auch die komplett neu zu schaffende Fischerstraße nicht vollumfänglich mit erschütterungsarm befahrbareren Oberflächenmaterial geplant sind, sondern mit einer Zone aus großformatigem Kopfsteinpflaster in der Mitte des Straßenraumes. Nur die seitlichen Gehbereiche sollen einen glattflächigen Pflasterbelag erhalten. Nur alle 40 bis 50 Meter sind Querungshilfen mit glattem Material vorgesehen.

Die Möglichkeit, sich in einem Stadtraum, der weitestgehend frei von Fahrzeugverkehr ist, uneingeschränkt bewegen zu können, wird durch solche Maßnahmen für einen nicht unerheblichen Teil der Kieler Bevölkerung und auch Gäste der Stadt Kiel maßgeblich verhindert. Der Beirat fordert daher, dass die Schlossstraße und die Fischerstraße vollumfänglich mit erschütterungsarmen Material hergestellt werden.

Ergebnis: Einstimmig

3. AG Bildung, Kinder, Schule
Frau Kahl-Theede berichtet über die Sitzung vom 11.02.106, die nächste wird am 10.03.2016 stattfinden.
4. AG Kultur, Freizeit, Sport
Die AG hat noch nicht getagt, ein zeitnahe Termin wird abgestimmt.
5. AG Öffentlichkeits- und Medienarbeit
Themen der letzten Sitzung waren
 - „Leichte Sprache“ auf kiel.de,
 - Projekt „Schaufensterpuppen“- soll weiterverfolgt werden,
 - Fotowettbewerb- wird im Internet veröffentlicht, gegebenenfalls soll eine Ausstellung aus allen bisherigen Wettbewerben durchgeführt werden.
 - Flyer des Beirates
6. AG ÖPNV
Die AG hat im Januar und Februar getagt. Ein neuer Termin für die Informationsveranstaltung „E-scooter“ wurde durch die KVG noch nicht festgelegt. Weiteres Thema war die Teilfortschreibung des 4. RNVP der Landeshauptstadt Kiel 2016.
7. AG Verwaltung
Herr Goebel teilt mit, dass die AG nicht getagt hat, die nächste Sitzung gemeinsam mit der AG Öffentlichkeits- und Medienarbeit unter anderem wegen der Linkliste am 29.03.2016 stattfinden wird.
8. AG Wohnen
Die AG hat im Januar getagt, zur nächsten Sitzung soll eine Mitarbeiterin/ ein Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes eingeladen werden.

TOP 9:
Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 10:
Verschiedenes:

Frau Hinrichs verliest den Brief der Familie von Frau Fuchs, in dem diese sich für die Anteilnahme der Beiratsmitglieder bedankt.

Herrn Krey sollen Genesungswünsche des Beirates übermittelt werden.

Es wird angeregt, künftig möglichst nur noch einen Vortrag pro Sitzung einzuplanen und die Wortbeiträge der Mitglieder auf 5 Minuten zu beschränken.

Die nächste Sitzung der Projektgruppe „Inklusiver Ortsverein“ wird am 12.03.2016 stattfinden. In diesem Zusammenhang teilt Herr Bartels mit, dass er an einer Veranstaltung teilgenommen und diese als sehr positiv empfunden hat. Parteipolitik hat überhaupt keine Rolle gespielt.

Im Februar wird es keine Sitzung der AG Öffentlichkeits- und Medienarbeit geben.

Herr Schwertfege berichtet, dass es am 21.04.2016 von der KVG ein Training für einen Rollstuhl- und Rollatorenführerschein geben wird. Die Geschäftsführung klärt, warum mit dieser Veranstaltung nicht die geplante Informationsveranstaltung für E-scooterfahrerinnen- und fahrer zusammengelegt wird.

Herr Völker schließt die Sitzung des Beirates um 18:30 Uhr.

gez. Michael Völker
(Vorsitzender)

gez. Heidi Perkams
(Geschäftsführerin)